**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 53 (1959)

**Heft:** 2

**Artikel:** Weltrundschau : letzte Chance? ; Das diplomatische Spiel ; Paris-Rom-Madrid ; Die grosse Freiheitsbewegung ; Kommunismus im Aufstieg

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-140343

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 16.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

**Letzte Chance!** Wenn die Zeichen nicht trügen, wird es dieses Jahr mindestens in der europäischen Politik sehr lebhaft zugehen. Noch ist nicht die große Wende zum Guten im Anbruch, die wir seit Jahr und Tag erwarten und ohne die es eben unaufhaltsam der atomaren Katastrophe entgegengeht. Aber es ist doch erhebliche Bewegung in die Starre gekommen, die bisher besonders über dem Problem Deutschland lag, und die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß diese Bewegung trotz allen Gefahren, die sie bringen wird, eher zu einer Entspannung der West-Ost-Beziehungen führen wird als zu ihrer erneuten Versteifung.

Der Anstoß ist, wie man weiß, von der Sowjetunion ausgegangen. Schon immer hatte Moskau seit Kriegsende den Westmächten, ihren ehemaligen Verbündeten, eine Verständigung über die deutsche Frage vorgeschlagen, zuletzt in den Jahren 1952 und 1955 mit Angeboten für die Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei. Allein, immer wieder lehnten es die Westmächte ab, auf solche Vorschläge einzutreten, vor allem unter dem Einfluß der Bonner Regierung, die sich auf die berühmte «Politik der Stärke» festgelegt hatte und überzeugt war, daß die Sowjetunion damit auf die Knie gezwungen werden könne. In der westdeutschen Öffentlichkeit wuchs freilich auch der Widerstand gegen den verblendeten Kurs Adenauers und seiner Leute; unvergessen ist namentlich die dramatische Anklage, die in der Nacht zum 24. Januar 1958 im Bundestag die beiden Abgeordneten und früheren Minister Dehler und Heinemann gegen den Kanzler erhoben, dem sie vorwarfen, es sei ihm mit der Wiedervereinigung Deutschlands wegen der aus dem Osten zu erwartenden Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses gar nicht ernst. «Schweigend und bleich», so schrieb letzthin in der Neuyorker «Nation» (24. Januar 1959) der westdeutsche Abgeordnete Altmaier, «saß der Kanzler seinen Anklägern gegenüber. Weder er noch einer seiner Anhänger wagte zu leugnen. Wenn etwas sicher ist, so dies, daß die ‚Politik der Stärke' mit einem Fiasko geendet hat. Rußland ist im Lauf des Kalten Krieges nicht geschwächt worden – im Gegenteil.» Und jetzt fühlt es sich sogar stark genug, um die Westmächte mit seiner Note über Berlin (vom 27. November 1958) und seinem Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland (vom 10. Januar) recht eigentlich herauszufordern und ihnen, wie man gesagt hat, eine letzte Chance zu einer annehmbaren Lösung der deutschen Frage zu bieten. Dem Zweck, noch einmal ein ernstes Gespräch über Deutschland in Gang zu bringen, diente auch der mehr als vierzehntägige Besuch des sowjetischen Vizeministerpräsidenten Mikoyan in den Vereinigten Staaten, der eine richtige Sensation für Ame-

rika war und alles in allem zweifellos der Sache des Friedens diente, auch wenn er zunächst – was er auch gar nicht sollte – keine greifbaren Ergebnisse hatte. Die deutsche Frage beherrscht seither auf jeden Fall alle Auseinandersetzungen im westmächtlichen Lager und darüber hinaus.

Daß es heute überhaupt noch eine deutsche Frage gibt, liegt eindeutig daran, daß der Zweite Weltkrieg nicht zu seinem folgerichtigen Abschluß gebracht wurde, der in der endgültigen Beseitigung der deutschen Gefahr hätte bestehen müssen. Zwar hatte sich der Potsdamer Vertrag vom 2. August 1945 zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion in aller Form gerade dieses Ziel gesetzt. Aber wenn man heute die kräftigen und klaren Bestimmungen dieses Abkommens wieder durchsieht und sie mit den häßlichen, aber ebenso klaren Tatsachen der Wiederaufrichtung des westdeutschen Militarismus, Nationalismus und Kapitalismus vergleicht, dann weiß man auch, wo die Hauptschuld an dieser verhängnisvollen Wendung der Dinge zu suchen ist. Es sind in der Tat die Westmächte, die mit ihrem heftig neuerwachten, nur durch die Kriegsnotwendigkeiten zeitweilig gedämpften Antikommunismus ein eigentliches «renversement des alliances» herbeigeführt haben und nun Arm in Arm mit dem von ihnen planmäßig neuaufgerüsteten Gegner von gestern den ehemaligen Bundesgenossen im Osten mit dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte bekämpfen und damit doch noch zu erreichen suchen, was Hitler in vier fürchterlichen Kriegsjahren nicht gelungen ist: das Sowjetreich zu zerschlagen. Und es sind auf der anderen Seite die Russen, die unerbittlich den Finger auf diese widersinnige Lage richten und ihre Berichtigung verlangen, haben sie doch – mit den Polen und Tschechoslowaken, den Ungarn, Bulgaren, Jugoslawen und Rumänen zusammen – auch weitaus die schwersten Opfer in der Abwehr des deutschen Eroberungskrieges dargebracht.

Daß ihre heutigen Vorschläge für die endliche Lösung der deutschen Frage in zahlreichen Einzelpunkten – besonders auch in bezug auf die künftige Stellung Westberlins – nicht das letzte Wort in dieser ganzen Auseinandersetzung sein können, ist ihnen selber natürlich klar. Aber ebenso klar sollte den Westmächten sein – und ist es auch einer zunehmenden Zahl von politischen Köpfen in ihrem eigenen Lager –, daß die Sowjetunion keinem neuen Abkommen über Deutschland und namentlich keinem Friedensvertrag zustimmen kann, worin nicht zwei Grundbedingungen erfüllt sind: Erstens Sicherung Ostdeutschlands gegen eine einfache Annexion durch die Bonner Republik, etwa durch die bekannten gesamtdeutschen «freien» Wahlen; ohne eine förmliche und anständige Vereinbarung zwischen DDR und Bundesrepublik wird es also keine Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten geben. Dazu muß zweitens kommen die Sicherung der Sowjetunion und der osteuropäischen Volksrepubliken gegen

eine erneute Wiederholung des deutschen Angriffs auf den Osten, der schon zweimal fehlgeschlagen hat und nicht ein drittes Mal unternommen werden darf. Von diesen beiden Forderungen werden die Russen nicht ablassen. Sie mögen – und werden gewiß – in Einzelfragen Zugeständnisse machen, wahrscheinlich auch in der Berliner Frage, die unmöglich so gelöst werden kann, wie das Moskau vorgeschlagen hat und nur im Zusammenhang mit einer Gesamtregelung für Deutschland ihre befriedigende Lösung finden wird. «Aber im wesentlichen», so sagen sie, «ist es nun an den Westmächten, die Lösung der deutschen Frage dort wieder aufzunehmen, wo sie nach Potsdam stehen geblieben war. Schlagen sie dieses Angebot aus – offen oder mit Ausweichmanövern – dann sind s i e verantwortlich für die Folgen, die da kommen werden.»

**Das diplomatische Spiel** Ist dieser Standpunkt so anmaßend und unvernünftig, wie das im Westen vielfach behauptet wird? Ich glaube nicht. Man bedenke doch: Die Völker Osteuropas haben unter dem deutschen Militärstiefel in zwei großen Kriegen unsäglich gelitten. Ihre Hoffnung, die Westalliierten würden, ihrem Versprechen getreu, dem deutschen Drang nach Osten (aber auch nach Westen, Süden und Norden!) ein für allemal ein Ziel setzen, ist zuschanden geworden. Mit westlicher Hilfe hat die demokratisch getarnte Bonner Republik eine neue Wehrmacht aufgebaut, die schon heute 180000 Mann stark ist und bald mit Atomwaffen und den übrigen modernen Kampfmitteln ausgerüstet sein wird, so daß sie alle Aussicht hat, aufs neue die gewaltigste Armee Westeuropas zu werden, zumal in Verbindung mit einer Wirtschaftsmacht, die schon heute eine beherrschende Stellung innerhalb der famosen europäischen Gemeinschaft «für wirtschaftliche Zusammenarbeit» (!) einnimmt. Und dahinter steht eine Geistesverfassung, die in ihrem nationalistischen Größenwahn dem früheren Deutschland nur allzusehr gleicht und sich bereits wieder die ehrgeizigsten Ziele setzt. (Der allerorten wieder aufflammende Antisemitismus ist nur e i n Anzeichen für diese deutsche «Renaissance».) Einem dergestalt beschaffenen Westdeutschland sollten es nun die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten ermöglichen, sich auch Ostdeutschland anzugliedern und dann, mit der ganzen Macht Amerikas, Englands und Frankreichs im Rücken, aufs neue den Marsch gen Osten anzutreten? In Westdeutschland hat man ja, mit Einschluß der sozialdemokratischen Opposition, niemals auf die Zurückgewinnung der durch Hitlers Schuld verlorenen Ostgebiete verzichtet (wenn man auch natürlich vorsichtshalber versichert, diese «Rückgliederung» solle auf ganz friedliche Art geschehen . . .); und wenn seinerzeit einer der einflußreichsten westdeutschen Außenpolitiker – Staatssekretär Hallstein – davon geschwärmt hat, Osteuropa müsse «bis zum Ural» neugeordnet werden, so kann man sicher sein, daß dieser Traum auch derjenige der großen Masse der übrigen West-

deutschen ist, die an eine Umkehr von ihren früheren Wegen – mit Ausnahme einer einflußlosen Minderheit – gar nicht denken. Mit diesem Deutschland also sollten sich die Ostvölker zufrieden geben, ja durch bedingungslose Freigabe Ostdeutschlands und Ermöglichung des Anschlusses eines vereinigten Alldeutschlands an den Westblock noch mithelfen, daß der Ostblock gesprengt werde, worauf sich ein ähnliches Verfahren auch gegenüber dem dann isolierten China anwenden ließe? Für s o einfältig soll man die Ostvölker und ihre Führer dann doch nicht halten!

Und trotzdem muten die Westmächte ihnen eine solche Selbstmordpolitik zu – oder sie tun wenigstens so, als ob sie ernstlich glaubten, die Russen und ihre Verbündeten hätten die Pflicht, die Hand zu einer Lösung der deutschen Frage zu bieten, wie sie i h n e n , den Vertretern einer antisozialistischen Machtpolitik, vorschwebt. Das ganze Spiel der westlichen Diplomatie, das jetzt anläuft und von dem die Zeitungen voll sind, geht ja nur darauf hinaus, vor einer leicht zu täuschenden öffentlichen Meinung in der «freien» Welt den Eindruck zu erwecken, daß es in erster Linie an der Sowjetunion sei, entscheidende Schritte zur Lösung des deutschen Problems zu tun (Verzicht auf den Rückzug der russischen Kontrollorgane im Verkehr mit Westberlin; gesamtdeutsche Wahlen; Verlegung der sowjetischen und polnischen Grenzen nach Osten; Zustimmung zu einem Anschluß Gesamtdeutschlands an die NATO usw.). Solange sich Moskau dessen weigere – so geht die Beweisführung weiter –, bleibe den Westmächten nichts anderes übrig, als unbedingte Festigkeit und Einigkeit im Widerstand gegen das «Streben des internationalen Kommunismus nach Weltherrschaft» (USA-Vizepräsident Nixon) zu beweisen, ja sogar (das sagte Staatssekretär Dulles) einen Krieg in Kauf zu nehmen, falls den bewaffneten Lastzügen der Westalliierten der freie Verkehr mit Westberlin verwehrt werden sollte (was kaum die Absicht der DDR-Regierung ist).

Es fehlt mir hier der Raum, um die verschlungenen Pfade der westmächtlichen Diplomatie im einzelnen nachzuzeichnen. So sei lediglich festgestellt, daß den schärfsten Kurs gegenüber der Sowjetunion zurzeit bezeichnenderweise Bonn verficht, das dabei weithin von Paris unterstützt wird, weil Westdeutschland seinerseits die französische Politik in bezug auf den «Gemeinsamen Markt» und auf Algerien (keine Einmischung der UNO) begünstigt. Eine Hand wäscht die andere. Die britische Regierung möchte es aus sachlichen Gründen wie mit Rücksicht auf die Unterhauswahlen vermieden wissen, den Konflikt um Berlin auf die Spitze zu treiben, und neigt auch einem gewissen Entgegenkommen gegenüber dem russischen Standpunkt in der deutschen Frage überhaupt zu; darum Macmillans Besuch in der Sowjetunion. Dulles und die amerikanische Diplomatie würde sich am liebsten der Bonner und Pariser Haltung anschließen, steht aber unter dem Druck einer öffentlichen Meinung, die – zum Teil eine Nachwir-

kung von Mikoyans Auftreten – in wachsendem Maße von der «Politik der Stärke» abrückt und mindestens diskutierbare Gegenvorschläge zu den russischen Begehren befürwortet. So wird es eben bei den West-Ost-Konferenzen, die man in Washington und London wie in Bonn und Paris wohl oder übel ins Auge fassen muß, darauf hinauskommen, daß die Westmächte aus taktischen Gründen scheinbar eine größere Biegsamkeit zeigen, in der Sache selbst aber so unnachgiebig wie jemals bleiben werden. Und inzwischen werden die Vorbereitungen für die Auslösung und Führung eines dritten Weltkrieges weiter vorangetrieben werden für den Fall, daß es diesmal doch nicht bei der bloßen Randwanderung im Angesicht des Abgrundes bleiben würde. («Ein mit Kernwaffen geführter Totalkrieg würde nur zwei oder drei Tage dauern», erklärte letzthin General Lemay, der stellvertretende Stabschef der amerikanischen Luftstreitkräfte.) Das sind wenigstens die Pläne. An ihre Verwirklichung vermag ich nicht zu glauben. «Der Mensch denkt und Gott lenkt» – das wird sich auch hier erweisen; vertrauen wir nur darauf!

**Paris – Rom – Madrid** Vorerst sieht es freilich so aus, als rechneten die Herrschenden immer mehr mit der Unvermeidlichkeit des nuklearen Totalkrieges. Das gilt insbesondere auch von Frankreich. Die Militärreform, die es sich auf dem Vollmachtenweg «schenken» ließ, ist durchaus von der Überzeugung der ans Staatsruder gelangten Militärputschisten des 13. Mai getragen, daß «der dritte Weltkrieg bereits begonnen hat». Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß die französische Regierung jetzt auch formell die Möglichkeit hat, den Krieg durch einfachen Beschluß des Ministerrates zu erklären. Wie Claude Bourdet im «France-Observateur» (8. Januar 1959) mit Recht sagt, ist das natürlich ein schwerer Einbruch in die Gepflogenheiten einer Demokratie. «Wenn solche Methoden auch schon früher vorgekommen sind», so meint er, «sind sie doch in einer wirklichen Republik niemals als normal anerkannt worden. Daß sie heute gesetzlich festgelegt sind, ist nur ein weiteres Zeichen dafür, daß wir nicht mehr in einer Republik leben.» Aber das entspricht eben völlig der Auffassung des Regimes de Gaulle, daß angesichts der modernen Waffentechnik der hergebrachte Unterschied zwischen Krieg und Frieden tatsächlich verschwunden und die Welt in einen Dauerkriegszustand versetzt sei. «Das Denken und die Militärorganisation des neuen Frankreich werden nun auf den Satz gegründet sein: ‚Wenn du an den Krieg glaubst, so rüste dich auf den Krieg.' Es ist das erste Land der NATO, das sich auf einen solchen Weg begibt ... Die herkömmliche Formel, die das Wesen Preußens umschrieb: ‚Nicht ein Volk, das eine Armee besitzt, sondern eine Armee, die ein Volk besitzt', droht jetzt vor allem auf Frankreich Anwendung zu finden.» (Claude Bourdet.)

Demgemäß wird auch das innere Leben Frankreichs mehr und

mehr militarisiert (wie schon längst dasjenige der Vereinigten Staaten): Die Militärgerichte greifen in Zivilangelegenheiten ein; die politische Propaganda erfaßt besonders auch Rekruten und Reserveoffiziere; Presse, Radio und Fernsehen werden planmäßig in den Dienst der Regierungspolitik gestellt – und das Volk läßt sich das alles ziemlich willenlos gefallen, zumal die Opposition nicht mehr viele Möglichkeiten hat, sich überhaupt noch zur Geltung zu bringen. Frankreich scheint so immer ausgesprochener zum Diktaturstaat zu werden – zum Staat nicht einer revolutionären, sondern einer gegenrevolutionären Diktatur, und die Londoner «Peace News» (23. Januar) haben in bezug auf die äußeren Regierungsformen schon recht, wenn sie finden: «Es wird zunehmend schwieriger, noch Unterschiede zwischen den beiden Blöcken zu sehen. Will man etwa ein autoritäres Regime in Frankreich einem solchen in Albanien vorziehen? Oder macht es einen Unterschied, wenn man in Algerien oder Zypern mordet und foltert, statt in Ungarn oder Ostdeutschland?»

Bereits redet man auch von Italien als einem Land, das dem Gaullismus zutreibe. Die Regimekrise, die sich hier entwickelt, ist dadurch ausgelöst worden, daß am jüngsten Kongreß der (linksgerichteten) Sozialistischen Partei Pietro Nenni eine eindeutige Mehrheit hinter seine Formel gebracht hat: «Unabhängigkeit nach allen Seiten – gegenüber den Kommunisten wie gegenüber den Rechtssozialdemokraten und Christlichdemokraten.» Die erste Wirkung dieser Losung war, daß zwei schon bisher Nenni freundlich gesinnte sozialdemokratische Minister zurücktraten und sich von der Partei Saragats ein linker Flügel trennte, der sich über kurz oder lang der Partei Nennis anschließen dürfte. Die parlamentarische Mehrheit der Regierung Fanfani war damit zerstört, so daß ihr Chef verärgert zurücktrat, ohne eine förmliche Niederlage in der Kammer abzuwarten. Aber die Frage ist nun eben, was nach Fanfani sein wird. Wahrscheinlich wird ein klerikales Minderheits- und Übergangskabinett die laufenden Geschäfte besorgen, bis entweder Neuwahlen (vielleicht) eine neue Lage schaffen oder die Gegensätze im christlich-demokratischen Lager am nächsten Parteitag eine gewisse Lösung finden. Inzwischen gewinnt jedoch sowohl auf dem rechten Flügel der Christlichdemokraten als bei den Liberalkonservativen, den Monarchisten und natürlich bei den Neufaschisten der Gedanke an Boden, nach französischem Muster die Regierungsgewalt auf Kosten der Volksvertretung zu stärken – eine «Lösung», die den Interessen der Industrie- und Finanzkapitalisten ebenso dienen würde wie denjenigen der Großgrundbesitzer und des (freilich jetzt zurückhaltenderen) Vatikans, der Kräfte also, deren Bündnis die italienische Politik mit Schwankungen schon seit Jahrzehnten tatsächlich beherrscht. Um dieser Gefahr zu begegnen, strebt Nenni mit seinem Anhang eine von der Sozialistischen Partei geführte Regierung der «linken Mitte» an. Aber solange die Christlichdemokratische Partei nicht auseinanderfällt, hat eine solche Kombination keine wirklichen Aussichten, während

eine Politik des «kleineren Übels», wie nur zu viele Beispiele zeigen, die Sozialisten innerlich zu verderben und zu jener radikalen Neugestaltung unfähig zu machen droht, für die in absehbarer Zeit die Lage gewiß reif werden wird.

Um so erfreulicher sind die Nachrichten, die jetzt aus Spanien kommen und einen baldigen Sturz Francos erwarten lassen. Der Widerstand gegen das Diktaturregime hat offenbar alle Volksschichten erfaßt: Arbeiter und Bauern, Mittelstand und alte Aristokratie, Industrielle und Großgrundbesitzer, Lehrer und Advokaten, ja sogar weite Kreise von Kirche und Armee, und tritt nun mit einer Unbekümmertheit und Schärfe an die Öffentlichkeit, die etwas völlig Neues ist. Die Tage Francos scheinen wirklich gezählt – nur darf man von seinen Nachfolgern auch nicht zuviel erwarten. In Spanien ist ja ebenfalls der Bund von Kapital, Großgrundbesitz und katholischer Kirche noch die entscheidende politische Macht, deren Sturz die Voraussetzung für jeden wirklichen Fortschritt zu einem menschenwürdigen Leben der verarmten, unwissenden und rechtlosen Volksmassen ist.

**Die große Freiheitsbewegung** Es ist kein Zufall, daß die Diktatur Francos ihre Kraft gerade jetzt verliert – so kurze Zeit nach dem Abfall der wichtigsten afrikanischen Kolonie Spaniens, des Nordteils von Marokko. Franco kam als Führer der Gegenrevolution aus Marokko, und seit der brutale Gewaltgeist, der die von ihm geführte Bewegung beherrscht hat, sich nicht mehr in Afrika ausleben kann, scheint seine Kraft auch im «kolonisierten» Mutterland gebrochen zu sein. Wird es in Frankreich ähnlich herauskommen? Die dortigen Militärdiktatoren haben ja größtenteil auch in den Kolonien ihre Praxis der menschenverachtenden Willkürherrschaft erworben und stehen und fallen mit dem Kolonialsystem. Mit dem französischen Kolonialreich in West- und Mittelafrika scheint es jedenfalls ziemlich rasch zu Ende zu gehen. Noch verbleiben fast alle dortigen Kolonien, ebenso wie Madagaskar, in der «Communauté Française». Aber wie lange diese Kunstschöpfung die Unabhängigkeitsbewegung der in ihr zusammengefaßten Völker zu lähmen vermag, wollen wir erst abwarten; auch wenn die erwachenden Bewohner des schwarzen Afrika nach unseren Begriffen noch nicht reif zur vollen Selbstregierung sein sollten, so sind sie doch entschlossen, die Herrschaft der Weißen abzuschütteln, sobald sich ihnen dazu irgend Gelegenheit bietet.

Das erfahren jetzt in zunehmendem Maße Belgier, Engländer und Franzosen in ihren Kolonialgebieten südlich der Sahara, und das werden noch gründlicher und schneller die Franzosen in Algerien erfahren, dem Rest ihres einst so imposanten nordafrikanischen, «braunen» Kolonialreiches. Zwar melden ihre Militärkommandos jede Woche getreulich, wieviel hundert «Banditen» wieder umgebracht worden seien (in der Woche vor dem 9. Februar waren es zum Bei-

spiel 604), und unsere Zeitungen drucken es mit kühler Sachlichkeit ab, wie irgendein fait divers der Unfallchronik – die gleichen Zeitungen, die sich noch heute nicht genug über die seinerzeitigen russischen Untaten in Ungarn entrüsten können, obwohl in Algerien während der vergangenen vier Jahre schätzungsweise fünfundzwanzigmal mehr Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit gefallen sind als während der blutigen Ereignisse zu Ende 1956 in Ungarn. Und das Ergebnis für Frankreich? Der britische Labourabgeordnete Richard Crossman, der im Januar als Gast der französischen Armee acht Tage in Algerien verbracht hat, stellt es im «New Statesman» (31. Januar) nüchtern fest: «Trotz der Einseitigkeit meiner Fühlungnahmen kam ich mit einem scharf umrissenen Eindruck zurück. Außerhalb der großen Städte und der Küstenebene wird ein allumfassender Krieg geführt, der weit größer und zerstörender ist, als ich es für möglich gehalten hatte ... Es ist ein Krieg, der so lange weitergehen wird, als die Amerikaner bereit sind, für die französische Armee zu zahlen, und die mohammedanischen Bauern weiterhin die Finanzen und die Mannschaft für die Kleinkriegsarmee liefern.» Besonders entsetzt war Crossman über die Tatsache, daß die französische Armee gegen eine Million Algerier – Männer, Frauen und Kinder – aus den Aufstandsgebieten verschleppt hat und sie meist in schauerlichem Elend in Massenlagern verkommen läßt, immer weitere verödete Landstriche hinter sich zurücklassend. Und die «freie Welt» schweigt so gut wie einmütig zu diesem Riesenverbrechen!

Dafür ist die ganze arabische und mohammedanische Welt, von Marokko bis Pakistan und Indonesien, durch die von Amerika (und Westdeutschland) finanzierte algerische Unterdrückungspolitik Frankreichs dauernd aufgewühlt und wird dadurch in ihrem Kampf gegen den weißen Kolonialismus und Imperialismus nur immer mehr bestärkt. Ähnliches gilt für die ostasiatischen Völker, die ihre großen Entwicklungspläne mit Eifer, ja Leidenschaft und wachsendem Erfolg fortführen. Chinas südlicher Nachbar, das Vietnam Ho Chi-Minhs, zum Beispiel hat im vergangenen Jahr die bedeutendsten wirtschaftlichen Fortschritte gemacht, die es bisher überhaupt zu verzeichnen hatte. Und der neue Dreijahresplan (für 1958 bis 1960) soll sie womöglich noch überbieten. Nach der «Peking Review» (20. Januar) wird am Ende dieser Periode der Wert der landwirtschaftlichen Produktion um rund 74 Prozent höher sein als 1957, derjenige der industriellen und gewerblichen Produktion um 86 Prozent. Die Industrialisierung geht erstaunlich rasch vor sich, desgleichen die Erhöhung der Lebenshaltung, soll doch bis 1960 die Erzeugung von Reis – der ja das Hauptnahrungsmittel darstellt – auf das Dreifache des Standes von 1939 gebracht werden, vor allem mit Hilfe einer rationelleren Anbautechnik und dank dem in großem Maßstab erfolgenden Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Genossenschaften. Hand

in Hand damit geht die Ausdehnung des Schulwesens; bis 1960 soll die Zahl der Schüler und Studierenden in Nordvietnam auf 1 630 000 gebracht werden, so daß bei einer Bevölkerung von 13 Millionen elf von je hundert Menschen Schulbildung genießen werden. Eine prachtvolle Leistung!

Weil wir gerade bei Ostasien sind, sei hier doch auch der bedeutsame Beschluß der japanischen Regierung vermerkt, Atomwaffen weder im Lande selbst herstellen zu lassen noch einzuführen. Unsere Schweiz könnte sich daran ein Beispiel nehmen! Aber nein, Bundesrat und Armeeleitung warten nur auf den günstig scheinenden Augenblick, um ihre atomaren Rüstungspläne in die Tat umzusetzen. Und wenn ein Mann von Weltruf wie Karl Barth jetzt daran denkt (und es ausspricht), daß es vielleicht Zeit werde, den Rüstungsplänen mit einer direkten Aktion, zum Beispiel mit Militärdienstverweigerung, entgegenzutreten, so gibt es gleich Leute – darunter recht hochgestellte –, die seine Abberufung als Universitätslehrer verlangen. Wir haben nämlich Lehrfreiheit in der Eidgenossenschaft . . .

Werfen wir schließlich noch einen Blick auf Lateinamerika, so zeigt nicht zuletzt die erfolgreiche Revolution, die unter der Führung Fidel Castros das korrupte Diktaturregime Batista auf Kuba gestürzt hat, daß auch hier Dinge in Bewegung gekommen sind, die allzu lange festgefahren schienen. Man kann sich zwar nur mit halbem Herzen über diesen Erfolg freuen. Auf der einen Seite stößt uns heftig die summarisch-blutige Rache ab, die die Sieger an Batistas Anhängern nehmen, so verlogen auch die Entrüstung anmutet, die man jetzt in den Vereinigten Staaten über diese Willkürjustiz bekundet, nachdem man die Diktatur Batista jahrelang als «Bollwerk gegen den Kommunismus» kräftig unterstützt hatte. Anderseits scheint Castro keinerlei zusammenhängende politische oder soziale Vorstellungen zu haben und im Grunde eher konservativ-kapitalistisch gestimmt zu sein, trotz der Landverteilung, die er jetzt beschlossen haben soll. Was aus seinem Regime würde, wenn er zum Präsidenten aufstiege, bleibt darum durchaus eine offene Frage.

Im ganzen genommen ist indessen in Mittel- und Südamerika die (bürgerliche) Demokratie sichtlich im Vormarsch. Militärdiktaturen bestehen nur noch in Nikaragua, der Dominikanischen Republik und Paraguay, und die Vereinigten Staaten haben es darum nicht mehr so leicht, die lateinamerikanischen Staaten kolonialistisch auszubeuten wie früher, wo sie sich einfach die jeweiligen Diktatoren mit Waffen- und Dollarlieferungen kauften, um sich ihre Länder als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagegebiete zu sichern. Ob freilich die mehr oder weniger sozialistisch ausgerichtete Arbeiterbewegung Westeuropas imstande sein wird, die Entwicklung Mittel- und Südamerikas in ihrem Sinn zu beeinflussen, wie das ihr gelegentlich nahegelegt

wird, erscheint mehr als zweifelhaft, schon darum, weil ihr «Sozialismus» gar zu bläßlich und viel zu stark auf die vom kapitalistischen Amerika beherrschte Politik der Westmächte eingestellt ist. Die Möglichkeit ist eher, daß die organisierte Arbeiterbewegung Lateinamerikas sich den Kommunisten zuwendet, nachdem sie – wie in Argentinien, der Dominikanischen Republik und bisher auch in Kuba – mit den bürgerlichen Militärdiktatoren paktiert hatte.

**Kommunismus im Aufstieg** Daß der Kommunismus auf die unterentwickelten Völker eine immer noch wachsende Anziehungskraft ausübt und sich ihnen mit erklecklichem Erfolg als den Weg zu Wohlstand und Gesittung empfehlen darf, kann in der Tat nicht bestritten werden. Und die kommunistisch regierten Länder, vor allem die Sowjetunion und China, tun denn auch alles, um in ihrem eigenen Machtbereich Wirtschaft, Lebenshaltung und Kultur auf einen Stand zu bringen, der auf die zurückgebliebenen Nationen und Bevölkerungsschichten in Asien und Europa, in Afrika und Lateinamerika als lebendiges, anfeuerndes Beispiel wirkt und jede militärische Eroberung ganz überflüssig machen würde, wenn sich nicht auch sonst kriegerische Abenteuer – besonders im Zeitalter der Atombombe – für Länder des sozialistischen Aufbaus von vornherein verböten.

In den Dienst dieser Politik ist auch der 21. Parteitag der KP Sowjetunion gestellt worden. Was Chruschtschew in seinem Sechsstundenbericht über den Siebenjahrplan (1958 bis 1965) sagte, brachte im einzelnen kaum etwas Neues, ist aber in seiner Gesamtheit doch ein eindrucksvolles Zeugnis für die Wendung, die die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion mit der Aufstellung dieses gewaltigen Programms genommen hat. Ob die Erfüllung des Planes wirklich die vorletzte Etappe vor der Einholung der amerikanischen Produktion (je Kopf der Bevölkerung) darstellen wird, die für 1970 in Aussicht genommen ist, erscheint weniger wichtig als die Gesamtrichtung des Planes, die auf eine mächtige Steigerung des Güterverbrauchs und der ganzen Lebenshaltung der sowjetischen Bevölkerung ausgeht. Zwar bleibt, wie Jacques Michel im «Observateur» (5. Februar) schreibt, der hergebrachte «Vorrang der Schwerindustrie» offiziell gewahrt, soll doch ihre Produktion um 87 oder 88 Prozent erhöht werden, gegen «nur» 62 bis 65 Prozent, um die die Herstellung von Verbrauchsgütern gesteigert werden soll. Aber einmal dient ein beträchtlicher Teil der Herstellung auch von industriellen Produktionsgütern ausgesprochenen Verbrauchszwecken, so die Herstellung von Baumaschinen, Baumaterialien usw. Und dann sieht eben der Plan eine beispiellose Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion vor, die nicht weniger als 70 Prozent betragen soll, sowie eine nicht weniger bedeutsame Verstärkung der Bautätigkeit, die bis 1965 die Erstellung

von fünfzehn Millionen neuer Wohnungen bringen soll, ebenso viel wie in den ganzen bisherigen 40 Jahren des sowjetischen Regimes gebaut wurden. Dank dieser Kraftanstrengung soll die Lebenshaltung der Bevölkerung im Durchschnitt um etwa 40 Prozent erhöht werden, diejenige der am wenigsten begünstigten Schichten sogar um 100 Prozent. Gleichzeitig ist in Aussicht genommen, die wöchentliche Arbeitszeit auf 30 bis 35 Stunden (mit der Fünftagewoche) herabzusetzen, zumal wenn die Automation, die atomare Energie und die vorerst noch geheimen Treibstoffe, die den Sputniks ihre Erfolge ermöglicht haben, in größerem Umfang ihre Wirkungen ausüben werden.

Das sind nun allerdings Aussichten, die es begreiflich erscheinen lassen, daß sich Chruschtschews Stellung erneut gefestigt hat. Zwar hat schon der gestürzte Malenkow eine ähnliche Politik der Verbrauchssteigerung verfolgt, aber dies eben gestützt auf eine Verwaltungsbürokratie, die die Partei in den Hintergrund zu drängen drohte, während Chruschtschew die Führerrolle der Partei über alles stellt und damit die sozialistisch-kommunistische Zielsetzung gegenüber irgendeinem bloß technisch-wirtschaftlichen Amerikanismus zu sichern bestrebt ist. Daraus erklärt sich auch sein Kampf gegen jeden «Revisionismus» und gegen die «parteifeindliche» Gruppe um Molotow, Bulganin und Genossen, deren gehässige Verfemung und Demütigung freilich zu den widerlichsten Zügen des 21. Parteitages und des ganzen Regimes gehört. In diesem Rahmen sind weitere «liberale» Reformen durchaus möglich, ja wahrscheinlich, aber immer vorausgesetzt, daß die führende Rolle der Kommunistischen Partei nicht in Frage gestellt wird und diejenige Dauermobilisation aller Volkskräfte gesichert bleibt, die – wie in China – dem riesigen Aufbauwerk nach der Überzeugung der Regierenden allein die erforderliche Antriebskraft zu geben vermag.

So gesehen, erscheint die Erreichung des ehrgeizigen Zieles, das sich die Sowjetführung gesteckt hat, als durchaus im Bereich des Möglichen liegend; der friedliche Wettkampf des Kommunismus mit dem Kapitalismus wird auf alle Fälle eine derart ernste Angelegenheit werden, daß die Versuchung für die Westmächte immer größer wird, die Auseinandersetzung endgültig auf militärischen Boden zu verlegen und im Vertrauen auf ihre kriegerische Überlegenheit die «große Kraftprobe» mit dem Sowjetblock und mit China doch zu wagen. Umgekehrt hat aber die kommunistische Welt ein wachsendes Interesse an der Erhaltung des Friedens und an einer Erleichterung der Rüstungslasten, die auf ihre Wirtschaft viel stärker drücken, als das in den gesättigten, industrialisierten Ländern des Westens der Fall ist. Wenn es den Regierungen dieser Länder mit der internationalen Entspannung wirklich so ernst ist, wie sie dauernd behaupten, dann haben sie gerade jetzt die beste, vielleicht sogar die letzte Gelegenheit, das Friedensbedürfnis der Sowjetunion und ihrer Verbündeten

nutzbar zu machen und durch Befriedigung ihres nur zu berechtigten Sicherheitsbedürfnisses die Welt ein für allemal von der Kriegsgefahr zu befreien. Wir werden bald sehen, ob sie auf der Höhe dieser ihrer Chance und ihrer geschichtlichen Verantwortung stehen.

12. Februar *Hugo Kramer*

## Ragaz-Worte

Wenn in der Schweiz noch heute, zu ihrem Verhängnis, der Glaube an die Gewalt so groß und der Glaube an den Geist so klein ist, mag dies auch zu dem Flucherbe ihrer einstigen Gewaltgeschichte gehören.

Wenn die Gewalt aber in diesem und andern Fällen doch nicht bloß ein Element des Fluches gewesen, sondern auch ein Element des Segens geworden ist, so lag der Grund in jener Tatsache, daß doch auch Geist dabei war, ja daß der Geist die Hauptsache war. Es ist zu der Gewaltpolitik der alten Schweizer ein Niklaus von der Flüe, ein Zwingli, ein Calvin, ein Pestalozzi gekommen; es ist nach Amerika auch ein William Penn gegangen; es ist dort ein Washington aufgestanden; der Geist hat die Gewalt gesühnt und den Fluch in Segen verwandelt.

Weil die Leuchte der Wahrheit durch die Kirche erstickt wird, müssen Ketzer sie anzünden und selbst dafür auf irgendwelchem Scheiterhaufen als Fackel dienen. Weil das offizielle Christentum seine Pflicht, Vorkämpfer der Freiheit in der Welt zu sein, nicht erfüllt, ja sogar sehr häufig die entgegengesetzte Rolle spielt, muß die Freiheit gegen sie von den Revolutionären erstritten werden. Ganz besonders paradox tritt diese Tatsache aber namentlich in bezug auf die soziale Gerechtigkeit hervor. Weil diese, trotzdem sie gewaltig aus der Bibel leuchtet, von den christlichen Pharisäern und Sadduzäern nicht vertreten worden ist, mußten Bakunin und Proudhon, Marx und Lenin sie vertreten. Kurz: Weil Gottes Wille von den Frommen nicht getan wird, so müssen die Nicht-Frommen, ja «Gottlosen» ihn tun. («Die Gleichnisse Jesu», S. 122)

Katastrophen mögen wohl kommen, müssen wohl kommen. Aber es muß nicht die Katastrophe sein. Es muß nicht eine Katastrophe sein, die uns verschüttet. Mitten durch diese Katastrophen kann ein Weg führen, auf dem die Menschheit gehen kann, auf dem die Völker gehen können, jedes auf seine Art. Es mag ein schwerer Weg sein, aber es ist ein Weg. Und er kann seinen großen Segen haben. Er wird eines Tages «auf grünen Auen und an friedlichen Wassern» einer im Geist erneuerten Welt enden. (1932)